



„Was denn – bei Durchfall gibt es überhaupt nichts extra?“

## Beamtenlobby setzt sich durch

Finanzminister Gerhard Stoltenberg kommt mit seinem Plan, den Beamten eine größere Eigenbeteiligung an ihren Krankheitskosten aufzuzwingen, nicht durch. Zwar hat Stoltenberg vor einigen Monaten einen Kabinettsbeschluss erreicht, nach dem die Beamten einen Teil der staatlichen Beihilfe, die im Schnitt etwa 50 Prozent der Kosten deckt, vom 1. Oktober an aus eigener Tasche bezahlen sollen. Doch dieser Beschluss ist nun Makulatur. Innenministerium und Justizministerium blocken die Neuregelung ab,

und seit die Beamtenlobbyisten bei Kanzler Helmut Kohl waren, überwiegen auch im Kanzleramt die Bedenken. Ein Argument: Der Spareffekt sei nur 30 Millionen Mark.

## Kartellamt bremst Texaco

Den geplanten Kauf von 461 Chevron-Tankstellen will das Kartellamt in Berlin der Deutschen Texaco offensichtlich nicht genehmigen. Der zuständige Abteilungsleiter Siegfried Klau beurteilt den Fusionsplan „sehr skeptisch“, vor allem weil dadurch eine wichtige Bezugsquelle für freie Tankstellen wegfal-

## Grundig: Mit Türken gegen Japaner

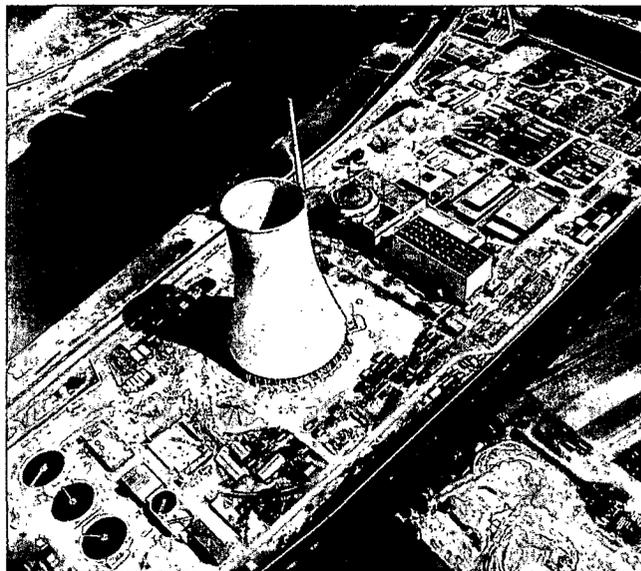
Max Grundig hat einen neuen Dreh gefunden, wie er der harten Konkurrenz aus Japan im Videogeschäft wirkungsvoller begegnen kann als bisher. Neben seiner noch längst nicht voll ausgelasteten Fabrik in Nürnberg will er nun ein weiteres Werk aufbauen, in dem sowohl Videorecorder mit V-2000-Technik als auch nach der japanischen VHS-Norm von den Bändern laufen sollen. In der Endphase sollen in dem Werk rund 5000 Menschen beschäftigt werden – allesamt Türken: Die Fabrik wird in Istanbul entstehen, wo niedrige Löhne und politische Verhältnisse gleichermaßen gefallen. Mit dieser Entscheidung, die Grundig letzte Woche in der Türkei traf, widerruft er ein Versprechen: Ausgerechnet mit dem Argument, Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern, hatten Grundig und sein Partner Philips dafür gesorgt, daß die Japaner und ihre billigen Elektronikgeräte aus Europa ferngehalten wurden. Vor allem auf Druck der Deutschen hatte die Brüsseler EG-Kommission die Japaner zu einem Selbstbeschränkungsabkommen gedrängt. Das Abkommen sollte es dem Gespann Philips/Grundig ermöglichen, 1983 mindestens 1,2 Millionen Videorecorder zu kostendeckenden Preisen in Europa zu verkaufen. Das Exportlimit traf aber nicht nur die Japaner. Europäische Konzerne wie Bosch, Thomson-Brandt oder Thorn-EMI, die VHS-Recorder in Europa zusammenbauen und auf Teilleistungen aus Japan angewiesen sind, können nicht soviel produzieren wie geplant. Grundig und sein Partner Philips dagegen werden in diesem Jahr mangels Nachfrage wahrscheinlich nicht einmal die ihnen erlaubten 1,2 Millionen Recorder verkaufen können.

len würde. Die Texaco raffiniert hierzulande mehr Benzin, als sie in ihren 2338 Stationen absetzen kann; überschüssigen Sprit verkauft sie preiswert an freie

Händler. Die Tochter des US-Multis, die mit der Chevron-Übernahme vom fünften auf den dritten Platz unter Deutschlands Tankstellenkonzernen aufrücken würde, könnte ihren Sprit künftig auch über die neuen Zapfsäulen absetzen – die Freien müßten sich womöglich ihr Benzin teuer besorgen.

## Stromkunden sollten zahlen

Die Kunden der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) sollten den vermeintlich billigen Atomstrom teuer bezahlen: Die RWE forderten eine Preiserhöhung um 6,5 Prozent – unter anderem, weil das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich durch unternehmerische Fehlleistungen einige Milliarden Mark teurer als geplant wurde. Doch der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen lehnte es ab, Managementfehler von den Stromabnehmern finanzieren zu lassen, und genehmigte dem Strom-Monopolisten nur einen Aufschlag von 5,5 Prozent.



Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich

## Zitate

„Schicksal ist keine Sache des Zufalls. Es ist eine Sache des Entscheidens. Es ist nichts, worauf man warten sollte: Man muß es erzwingen“.

Weltbank-Präsident Alden W. Clausen am 27. 9. 1983 vor dem Weltwährungsfonds.

„Schicksal ist keine Sache des Zufalls. Es ist eine Sache des Entscheidens. Es ist nichts, worauf man warten sollte: Man muß es erzwingen“.

US-Finanzminister Donald Regan am 28. 9. 1983 vor dem Weltwährungsfonds.